

PRESSEMITTEILUNG:

DEUTSCHLAND DROHT EINE FLEXIBILITÄTSLÜCKE: BVES MAHNT ANPASSUNGSBEDARF IM ENWG AN

Berlin, 16.10.2025 – Die geplante Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) enthält zwar wichtige Fortschritte, weist jedoch weiterhin Leerstellen zu wichtigen Zukunftsthemen auf. Nachbesserungen sind dringend geboten, um insbesondere den Hochlauf der notwendigen Flexibilität durch Energiespeicher zu ermöglichen. Darauf wies der Bundesverband Energiespeicher Systeme e. V. (BVES) im Rahmen der Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestages hin.

Energiespeicher sind nicht nur entscheidendes Flexibilisierungswerkzeug, sondern sind Grundvoraussetzung für ein versorgungssicheres und kosteneffizientes Energiesystem. Sie nehmen Erzeugungsspitzen auf, stellen Energie bei steigendem Bedarf wieder zur Verfügung und stabilisieren damit die Preise und senken Redispatchkosten.

„Die Branche plant, in den kommenden zehn Jahren über 200 Milliarden Euro privatwirtschaftlich – ohne Subventionen oder Zuschüsse – in Energiespeicher für die Systemstabilität zu investieren“, erklärte Urban Windelen, Bundesgeschäftsführer des BVES. „Mit diesen Investitionen entsteht eine neue Säule, die den Wirtschaftsstandort Deutschland stärkt und gleichzeitig unsere Position als Technologie- und Innovationsstandort in Europa wieder festigen kann.“

Dennoch droht Deutschland eine Speicherlücke: *„Viele Projekte stocken – nicht wegen Kapitalmangels, sondern aufgrund nicht vorhandener Netzanschlussverfahren, langwieriger Genehmigungsprozesse und regulatorischem Flickenteppich. Gleichzeitig werden Netzanschlussbewerber teils gegeneinander ausgespielt – mit der Folge eines Investitionsstaus in der Energiespeicherbranche und Verzögerungen in der Umsetzung der Energiewende“, mahnte Windelen.*

Die EnWG-Novelle biete die Chance, strukturell gegenzusteuern. Zahlreiche Verbesserungen – etwa die Einstufung von Speichern als „überragendes öffentliches Interesse“ (§ 11c EnWG) – seien bereits vorgesehen. Dennoch fehlten entscheidende Punkte, um Investitionen zu ermöglichen und Verfahren zu beschleunigen:

- **Ein modernes Netzanschlussverfahren mit mehr Transparenz, Verlässlichkeit und Digitalisierung.** Dazu gehören verbindliche Fristen für Netzbetreiber, eine zentrale digitale Netzanschlussplattform mit Übersicht über Kapazitäten und laufende Verfahren sowie ein Reservierungsmechanismus für Netzkapazitäten mit Meilensteinverfahren und klaren Anforderungen für die Anschlusspetenten. Das Ergebnis wären Planungs- und Investitionssicherheit für Betreiber und Netzbetreiber.
- **Überragendes öffentliches Interesse und Baurecht für Speicher.** Der BVES begrüßt die Aufnahme des Abwägungsvorrangs für Speicher in § 11c EnWG, fordert jedoch unterstützend eine bundeseinheitliche baurechtliche Regelung zur Privilegierung im § 35

BauGB, um das „überragende öffentliche Interesse“ in der Praxis auch anwendbar zu machen und die Behörden vor Ort zu entlasten.

- **Co-Location von Speichern an Erneuerbaren-Anlagen fördern, um Erneuerbare marktfähig zu machen.** Der BVES schlägt eine Präzisierung des § 118 Abs. 6 EnWG vor, um die rechtssichere Nutzung gespeicherter Energie zu ermöglichen. Ziel ist es, Flexibilität direkt an der Quelle zu schaffen – mit weniger Abregelung, stabileren Preisen und höherer Markteffizienz.

„Die Speicherbranche steht bereit – innovationsstark, investitionsbereit und lösungsorientiert“, betonte Windelen. „Die Politik kann durch gezielte Regelungen Vertrauen schaffen, um endlich Tempo aufzunehmen für den Standort Deutschland. Die Transformation des deutschen Energiesystems ist eine gemeinsame Aufgabe. Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen müssen an einem Strang ziehen. Nur durch Austausch, Transparenz und enge Zusammenarbeit entsteht ein Energiesystem, das sicher, kosteneffizient und nachhaltig ist.“

Der BVES – Bundesverband Energiespeicher Systeme e.V. ist mit über 400 Mitgliedsunternehmen die zentrale Stimme für Unternehmen und Organisationen aus allen Bereichen der systemischen Energiespeicherung in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität. Als technologieoffener Industrie-Verband ist der BVES Dialogpartner für Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Er bündelt die Kräfte der wichtigsten Branchenvertreter, gestaltet die öffentliche und politische Diskussion und berät bei der Ausgestaltung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Standards und Normen auf regionaler Ebene, Bundesebene und EU-Ebene.

Pressekontakt: Katja Esche, Referentin Kommunikation

Tel.: 030 - 54 610 634, Mobil: 0172-1481791, k.esche@bves.de, www.bves.de